

Appell an die Bundesregierung: Ostholstein nicht im Stich lassen

Der Kreis macht von Fehmarn bis Bad Schwartau mobil.

Beltgegner wie Fürsprecher wollen die Nutzung der Bestandstrasse verhindern.

Von Peter Mantik

Ostholstein – Landrat Sager hat es angekündigt, die Landesregierung in Kiel hat es ebenfalls deutlich gemacht und in Ostholstein herrscht parteiübergreifend Konsens: Im Zuge der festen Fehmarnbeltquerung darf kein Schienengüterverkehr über die Bestandstrasse rollen, ehe nicht die Hinterlandanbindung inklusive Lärmschutz fertiggestellt ist. Die Aussagen von CDU-Staatssekretär Enak Ferlemann im LN-Interview machen nun die Runde. Ferlemann schließt nicht aus, dass wegen der verspäteten Fertigstellung der neuen Belt-Schiene Güterzüge vorübergehend über die Bestandstrasse rattern – ohne zusätzlichen Lärmschutz für die Anwohner. Ferlemann: „Wo es eine Trasse gibt, darf sie auch befahren werden.“

Landrat Reinhard Sager (CDU) bekräftigt daher erneut: „Ein Ergebnis des Raumordnungsverfahrens ist, dass die Bestandstrasse in Teilen nicht für einen Güterverkehr nutzbar ist. Ich appelliere an die Bundesregierung, Ostholsteins Menschen nicht im Stich zu lassen.“ Man werde politisch und juristisch gegen die Güter-Nutzung der Bestandstrasse kämpfen.

Susanne Brelowski aus Sierksdorf, Sprecherin der Allianz gegen eine feste Fehmarnbeltquerung, sagt zur aktuellen Debatte: „Immerhin kommt Bewegung in die Sache. Wir werden jetzt in Berlin wahrgenommen.“ Sie wünsche sich weitere Verhandlungen zwischen Deutschland und Dänemark, damit die Baumaßnahmen auch zeitlich Hand in Hand gingen. Recht gespannt äußert sich Hendrik Kerlen von der Insel Fehmarn: „Das Problem eines Verkehrs von Güterzügen auf der Bestandstrasse wegen verspäteter Fertigstellung der Hinterlandanbindung relativiert sich bereits dadurch, dass sich auch der Baubeginn beim Tunnel wegen fehlendem Baurecht um viele Jahre verzögern wird.“ Die Erwartung der dänischen Regierung sei völlig

unrealistisch, dass sie bereits Ende dieses Jahres mit dem Bau des Tunnels beginnen könne. „Es ist absehbar, dass der deutsche Planfeststellungsbeschluss in den nächsten drei bis vier Jahren kein Baurecht schaffen wird, weil er wegen schwerwiegender Mängel richterlich überprüft werden muss.“ Wie lange derartige Verfahren dauern, zeigten der Weiterbau der A 20 bei Bad Segeberg und die Flussvertie-

fungen von Weser und Elbe. Kerlen: „Allein die Komplexität des Fehmarnbelt-Tunnels geht erheblich über die Umwelt- und Rechtsprobleme der Beispiele hinaus.“

Besonders groß ist die Betroffenheit im Kreissüden. Bad Schwartau wird von der Schiene in zwei Bereiche geteilt. Lärmschutz ist daher ein Hauptthema, wie auch die Schrankenproblematik. Daher sagt Bürgermeister Gerd Schub-

erth (CDU) zu den jüngsten Aussagen aus Berlin: „Ich bin sehr enttäuscht von den Aussagen von Herrn Ferlemann. Wir hatten fest damit gerechnet, in Sachen Lärmschutz wie eine Neubaustrecke behandelt zu werden. Dass er sich jetzt auf eine formaljuristische Position zurückzieht, ist für die Akzeptanz des Projekts in der Bevölkerung nicht förderlich.“ Wenn jetzt der Lärmschutz nicht gewährleistet werde, sei das inakzeptabel. Amtskollege Thomas Keller (parteilos) in Ratekau sagt ebenfalls: „Die Nutzung der Bestandstrasse ist für die Menschen unzumutbar.“

Neben dem Thema Bestandstrasse hatte sich Ferlemann auch zur neuen Sundquerung geäußert und zwei Brücken als realistische Lösung benannt und eine Entscheidung diesbezüglich für Mitte Juni angekündigt. Diese Behauptungen bringen Ostholsteins Bundestagsabgeordnete und Beltgegnerin Bettina Hagedorn (SPD) auf den Plan. „Zunächst überprüft die Bahn verschiedene Varianten, dann haben wir noch das Planfeststellungsverfahren. Deshalb kann ich mir nicht vorstellen, dass es in diesem Jahr eine Festlegung auf eine einzige Variante geben wird.“ Hagedorn wirft Ferlemann auch vor, den Ball an entscheidender Stelle der Bahn zuzuspielen. „Die Politik in Berlin ist gefordert.“

Sowohl das Thema Güterverkehr auf der Bestandstrasse als auch die Sundquerung haben Großbroder Bürgermeister Jens Reise (CDU) veranlasst, Kontakt mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Ingo Gädechens aufzunehmen. Reise: „Ich fordere ihn auf, Minister Dobrindt und Staatssekretär Ferlemann nach Großbrode zu holen, um vor Ort unsere Problematik zu erläutern und unsere Forderung nach einem Absenktunnel westlich der Brücke und der Verlegung der Bahntrasse Nachdruck zu verleihen.“ Weiter fordert Reise eine Zusammenlegung der Planverfahren Schiene und Straße.



Die Lärmbelastung durch Güterzüge ist das große Thema Ostholsteins im Zuge der festen Fehmarnbeltquerung.

Foto: fotolia

KOMMENTAR

Jetzt geht es um Ostholstein

Peter Mantik (43) über die jüngsten Neuigkeiten zur festen Fehmarnbeltquerung



Der CDU-Staatssekretär Enak Ferlemann hat mit seinen Aussagen im LN-Interview Ostholstein geeint. Er kündigte an, dass der Schienengüterverkehr auf der Bestandstrasse durch Ostholstein rollen werde, sofern die deutsche Hinterlandanbindung nicht gleichzeitig mit dem dänischen Tunnelbau fertiggestellt ist. Da es keine Zweifel daran gibt, dass die Dänen vor dem deutschen

Vertragspartner ihren Teil erfüllen werden, herrscht nun Alarmstufe Rot in Ostholstein.

Beltgegner wie Beltbefürworter haben ein gemeinsames Ziel: Kein Schienengüterverkehr auf der Bestandstrasse. Die Äußerungen aus Berlin sowie die Inhalte des Staatsvertrags sprechen jedoch eine andere Sprache. Umso wichtiger ist es, dass das Thema im Deutschen Bundestag Einzug hält und die Vertreter aus unserer Region parteiübergreifend dort die große Betroffenheit vieler Menschen aus Ostholstein zu Gehör bringen. Denn die entscheidenden Impulse kommen weder von der Bahn, noch aus Kiel.